

Fraktionsvorsitzender, Harald Koppelberg, Egener Str.38

Wipperfürth, 12. Dezember 2006

An den Bürgermeister  
der Stadt Wipperfürth  
Marktplatz

51688 Wipperfürth

Stadt Wipperfürth	
14. Dez. 2006	
DEZ. ....	Aktz. 10/1

Ø 307 } el.  
Ø III }  
Ø II }  
Ø I } sel.

## Anträge der UWG-Fraktion zur Ratssitzung am 19.12.2006 und dem dort zu verabschiedenden Haushalt 2007

In Anlehnung an das Haushaltsbuch 2007 Vorgaben und Vorhaben der Stadt Wipperfürth beantragt die UWG-Wipperfürth:

- a) Die UWG beantragt die Ergänzung der Ziel-Beschreibung ZIW (S.77). Ergänzend soll hier festgeschrieben werden, dass das ZIW die Betriebskosten überwacht und eine Betriebskostenoptimierung betreibt und den Rat der Stadt alljährlich darüber informiert. Hier sei exemplarisch die Vertragsanpassung bei den Gasheizungen genannt. Oder z.B. eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung bei der Optimierung von Beleuchtungstechniken, ähnlich wie bei der Straßenbeleuchtung.

b) Ergänzung zur Aufgabenbeschreibung:  
Die alljährliche Berichterstattung soll auch die Kontrollfunktion der Politik bestärken und die Ernsthaftigkeit des Themas unterstreichen. Für sämtliche städtischen Gebäude ist ein Energiepass nach EnEV zu erstellen. Dies gibt dem Rat und der Verwaltung grundlegende Fakten in die Hand, an welchen Gebäuden welche Massnahmen (Wärmedämmung, Fenster, Heizanlage) Energiekostensenkungen effizient und wirtschaftlich erzielt werden können.
- Die UWG beantragt die Aussetzung der Heizungssanierung Realschule. Hier sollten zwei Punkte zuvor geklärt werden;

  - Die öffentlichen Gebäude am Mühlenberg incl. Jugendherberge ( Alice-Salomon-Schule, WLS-Bad, Hauptschule, Realschule und ggf. Nikolausschule) sollen daraufhin untersucht werden, in wie weit eine zentrale Fernwärmeversorgung für diese Gebäude (**oder teilweise**) über eine Kraftwärmekopplungs-Anlage, kombiniert mit Solaranlagen (Thermo- und Photovoltaik), kommunal betrieben, effizienter und wirtschaftlicher sein kann, als die heute vorhandenen und geplanten Anlagen. Solaranlagen könnten auf den Dachflächen der Schulen (nicht WLS) aufgebaut werden.  
(Dies wurde schon bei der Diskussion BHKW angesprochen)

Diese Untersuchung wird nach unserer Auffassung zu einer langfristig erheblichen Energie- und somit auch Kosteneinsparung führen.

2. b) Sind Kundengemeinschaften für eine gemeinsame Ausschreibung zu finden, da z.B. zwei Kommunen die gleiche Sachnotwendigkeit haben?

Erst nach Klärung dieser Sachfragen und der endgültigen Klarheit über die notwendige techn. Lösung, ist die Freigabe der Investitionen zu beschließen, gleichwohl das die geplante Ausgabe in der Entscheidungskompetenz des Bürgermeisters liegt.

3. Analog zum Thema Heizungssanierung beantragt die UWG die Aussetzung im Punkte Anschaffung von Fahrzeugen und Nutzfahrzeugen (siehe BBH). Hier soll der Rat bzw. HFA darüber Klarheit bekommen, welche Finanzierungsform die Preisgünstigste ist.  
Hier sei ebenso die Käufergemeinschaft mit anderen Kommunen angesprochen, das Leasen über einen Drittinvestor (z.B. Stadtwerke, WEG..).  
Erst nach Klärung dieses Sachverhaltes sollte die Freigabe der Investition erfolgen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt innerhalb der Produktgruppe WLS-Bad ein Betriebsmanagementkonzept vorzustellen, aus dem die Aufgaben von Sachentscheidungen und Vorhaben für die künftigen Jahre zu erkennen ist.
5. Die Verwaltung wird beauftragt die Straßenbeleuchtungsanlagen zu standardisieren. Für Neuerschließungen und Sanierungen von Straßenzügen, soll die Kabelanlage so ausgerichtet sein, das mind. zwei Leuchtergruppen schaltbar sind.  
Dies ermöglicht energiesparende Beleuchtungsverhältnisse und steuert zukünftige steigenden Kosten entgegen, ohne das Straßenzüge ganz abgeschaltet werden müssen. Ferner wird die Stadt beauftragt die Machbarkeit und Umsetzung für spannungssenkende Techniken in Straßenbeleuchtungsanlagen zu prüfen.  
Hier sei auf den Einsatz von zentralen Dimmern hingewiesen, die die Energiekosten senken und die Lebensdauer von Leuchtmittel steigern. In Summe ist hierdurch eine bessere Betriebskostenbilanz zu erreichen. Auch besteht die Möglichkeit sich als Proband anzubieten, da die Technik erst im Ausbau ist.  
( Die Berliner Energieagentur hat hierzu einen anwendungsbezogenen und praxisorientierten Leitfaden erarbeitet, der vom Bundesumweltministerium und vom Umweltbundesamt fachlich begleitet wird).



Harald Koppelberg / Fraktionsvorsitzender